

LUTZ BRANGSCH / JUDITH DELLHEIM / FRIEDER OTTO WOLF / GABI ZIMMER

DIE «EUROPÄISCHE FRAGE» UND DIE LINKEN

**WER HEUTE DIE DEBATTE BESTIMMT UND WIE EINE
ANDERE RICHTUNG EINGESCHLAGEN WERDEN KÖNNTE**

Die Linke steckt gesellschaftspolitisch in der Defensive. Die Herrschenden haben die Krise genutzt, um die Europäische Union weiter neoliberal und autoritär umzubauen. Sie haben es vermocht, die Formulierung der «europäischen Frage» an sich zu reißen. Solange die Linken ihnen diese Frage überlassen und sich mit pauschaler Opposition gegen «Europa» und die Institutionen der Europäischen Union begnügen, werden sie nicht imstande sein, die Defensive zu überwinden. Gleichwohl stellt die gegenwärtige Dominanz der Kapitaloligarchien und ihrer Netzwerke die Arbeit an einer solidarischen, sozialen und ökologischen Strategie für Europa vor einige Schwierigkeiten. Wie können die europäischen Linken sich die europäische Frage zurückerobern, und in welche Auseinandersetzungen müssen sie sich hierfür begeben?

Die *Stuttgarter Zeitung* interpretiert die «europäische Frage» als Bereitschaft oder Ablehnung, im Rahmen der Europäischen Union die Krisenländer bzw. die strukturschwachen Länder und Regionen «durchzufüttern». ¹ Die Robert-Schuman-Stiftung ² gibt einen Newsletter «Europäische Frage» heraus und meint damit die «Europäische Einigung». Darunter wiederum versteht sie – wie auch die Bundeszentrale für politische Bildung ³ – den Zusammenschluss bzw. das Zusammenwachsen einst gegeneinander Krieg führender Staaten. Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien CDU und SPD heißt es: «Das europäische Einigungswerk bleibt die wichtigste Aufgabe Deutschlands.» ⁴ Und: «Deutschland wird aktiv dazu beitragen, das Vertrauen in das europäische Einigungswerk zu stärken.» ⁵ Sowohl im Koalitionsvertrag als auch in der öffentlichen Diskussion zur «europäischen Frage» werden die Europäische Union und Europa gleichgesetzt. Doch das ist falsch. In der EU leben etwa 510 Millionen Menschen, in Europa hingegen 742 Millionen.

Wenn es um gesellschaftspolitische «Fragen» geht, sollte man sich stets vergewissern, wer sie wann und warum stellt. Denn das entscheidet über den Inhalt der «Frage» – und darüber wie, sie formuliert wird. Die europäische Frage war und ist eine Machtfrage: Wer ist in der Lage, die Entwicklung dieser Region mit welchen Mitteln zu dominieren? Dies war lange Zeit tatsächlich eine Frage von Krieg und Frieden, doch heute reicht sie viel weiter. Im Unterschied zu der Zeit, als Lenin gegen die Losung der «Vereinigten Staaten von Europa» ⁶ polemisierte, ist, bei allen Widersprüchen, ein solches «vor- bzw. überstaatliches» Gebilde entstanden. Entgegen den Er-

wartungen Lenins hat sich dieses Gebilde als «ökonomisch möglich» erwiesen – letztlich auch eine Folge der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse. Wer heute bewusst oder unbewusst auf die Leninsche Polemik zurückgreift, blendet diese neue Realität aus.

Für Linke in Deutschland und in der Europäischen Union wäre die entscheidende Frage gegenwärtig: Was können sie tun, um zu verhindern, dass eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, die solidarisch in intakter Natur leben, letztlich unmöglich wird? Wie müssen sich die Linken organisieren, um zu verhindern, dass heute und in naher Zukunft soziale Ungleichheit und Gewalt gegen Menschen anwachsen und die ökologische Zerstörung voranschreitet? Bietet dafür der nationale Rahmen oder der EU-Rahmen die bessere Basis? Es mag defensiv klingen, die Frage auf diese Weise zu formulieren. Aber die Linken in Deutschland, in der EU und in Europa befinden sich tatsächlich in der gesellschaftspolitischen Defensive.

WELCHE KRÄFTEVERHÄLTNISSE SIND IN DEN BLICK ZU NEHMEN?

Die politischen Wirkungsbedingungen der Linken haben sich seit dem Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise weiter verschlechtert. Die Europäische Union ist neoliberaler geworden. Die Herrschenden haben die Krise genutzt, um die Konkurrenzverhältnisse innerhalb und außerhalb der EU in ihrem Interesse anzupeitschen. Sie haben die Repression in Europa verschärft, ihre Außenpolitik militarisiert und öko-

logiefeindliche Projekte weiter vorangetrieben. Die EU von heute ist die Institutionalisierung neuer Kräfteverhältnisse in der Welt und in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Selbst Ereignisse wie die Flüchtlingstragödien vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa haben bei den Regierenden kein Umdenken bewirkt. Gegenüber Hilfsbedürftigen setzen die Regierungen in der EU weiter auf Abwehr und weisen jede Verantwortung von sich.

Auch jene politischen Kräfte, die von rechts «weniger EU» und «mehr Nationales» fordern, sind keinen Deut humaner. Im Gegenteil, sie rufen nach noch rigideren Maßnahmen zum Schutz vor den «Eindringlingen», die über das Mittelmeer nach Europa kommen. Diese Kräfte opponieren gegen die Maßnahmen der Eurorettung nicht, weil diese soziale Spaltungen vertiefen und eine überfällige sozialökologische Transformation⁷ vereiteln. Hinter der nationalen, mitunter intellektuell aufgehübschten Fassade verbergen sich BefürworterInnen einer noch roheren, entdemokratisierten Form der Ausbeutung. Politische Akteure wie die Partei Alternative für Deutschland (AfD) und die CSU radikalieren die Idee vom nationalen Wettbewerbsstaat. Der soll vor allem in den Bereichen Soziales und Umwelt «Manövierraum» in der internationalen Konkurrenz eröffnen, indem er entsprechende Standards absenkt und eine konsequente Umverteilungspolitik von Unten nach Oben verfolgt.

WER HEUTE DIE DEBATTE ZUR EUROPÄISCHEN FRAGE BESTIMMT

Wer bestimmt heute die Entwicklung der EU? Es sind die wirtschaftlich Stärksten und das politische Führungspersonal. Das Zentrum ökonomischer Macht liegt heute in der Energie- und Transportwirtschaft, beim Agrobusiness, dem militärisch-industriellen Komplex und der Sicherheitsindustrie. Sie erhalten immer wieder dynamischen Antrieb vom High-Tech- und Finanzbereich. Diese «4 + 2» sind allerdings in höchstem Maße von engen Verbindungen zur Politik in ihren Heimatländern und auf globaler Ebene abhängig. Durch Lobbying, Personalwechsel zwischen Wirtschaft und Politik, die Privatisierung öffentlicher Leistungen und auch politischer Entscheidungsprozesse sind stabile Netzwerke von ManagerInnen, Rentiers, PolitikerInnen, Militärs, BeraterInnen, JuristInnen, Eliten in Wissenschaft, Kultur und Medien entstanden. Sie werden durch gemeinsame Interessen vereint und handeln als globalisiertes Finanzkapital, ohne dass ein gemeinsames organisatorisches Zentrum hierfür nötig wäre.

Solche Kooperationen gab es auch Ende des 19. Jahrhunderts schon. Damals hatte die Produktivkraftentwicklung eine Stufe erreicht, auf der das notwendige Kapital für eine Unternehmung nur noch kollektiv, von vielen KapitalistInnen gemeinsam, aufgebracht werden konnte. Sehr vereinfacht kann man sagen, heute braucht das Kapital praktisch alle gesellschaftlichen Ressourcen, um sich zu reproduzieren, also um immer wieder Innovationen hervorzubringen, Märkte zu erschließen, Legitimation und Repression vereinigen und so die eigene Macht aufrechtzuerhalten. Das ist, wiederum vereinfacht gesagt, das Wesen der Finanzialisierung. Das gemeinsame Handeln dieser Gruppen greift auf vielfältige Weise in die unmittelbaren Regierungsgeschäfte ein. Sie können Regierende, egal welcher Partei, auch erpressen: Standortentscheidungen, Steuervermeidung und -betrug, die mehr oder weniger sichtbare Manipulation der Ratings, also der Bonitätsbewertungen von Staaten und regionalen Körperschaften oder die Anrufung internationaler Schiedsgerichte

sind nur einige der gängigen Mittel, um politische Entscheidungen zu beeinflussen. Der globale Charakter der Kooperationen und Netzwerke erklärt das Interesse an einer globalen Währung wie dem Euro, denn eine Währung garantiert bei entsprechenden politischen Rahmenbedingungen den Zugriff auf Wirtschaftsräume. Diese Netzwerke, die sich jeweils auf konkrete Kapitaleigentümer- und Managerkooperationen stützen, nennen wir in Anlehnung an Lenin und Hilferding «Kapitaloligarchien».⁸ Lenin und Hilferding haben den Ersten Weltkrieg auch als einen Versuch erklärt, die geografischen Einflusszonen der verschiedenen Gruppen der Finanzoligarchie neu zu ordnen. Heute konkurrieren die Kapitaloligarchien untereinander und mit anderen Kapitalfraktionen vor allem über Finanzmärkte, über undurchschaubare Finanztransaktionen wie im Bereich des Investmentbanking oder durch Privatisierungen. In der Krise wurde es offensichtlich: Die Kapitaloligarchien verteilen über die Finanzmärkte unentwegt Ressourcen, Eigentum, Vermögen und Einkommen zu ihren Gunsten um. Dabei sind die Nationalstaaten und internationale Organisationen wie eben die EU Mittäter. Die meisten Menschen wissen das – trotzdem fühlen sich weite Teile der Gesellschaft hilflos. Angesichts der oligarchischen Macht und der angestauten Probleme erscheint in der EU eine sozialökologische Transformation chancenlos.

Zugespitzt können drei Hauptprobleme für die Entwicklung alternativer Konzepte formuliert werden:

1. Kapitaloligarchien sind die Hauptakteure der Produktivkraftentwicklung. Ihre treibenden Motive sind Profitmaximierung, globale Konkurrenzfähigkeit und Sicherheit der Kapitalanlagen. Indem sie ihr Handeln diesen Zielen unterordnen, spitzen sie die dramatischen Existenzfragen der Menschheit noch weiter zu.

2. Die Entwicklung der Europäischen Union pendelt zwischen ihrer Transformation zur Freihandels- und Sicherheitsgemeinschaft mit den USA und ihrer Transformation zum eigenständigen globalen Akteur, der auf «Globalisierungsgewinne» und «Sicherheit» fixiert ist.

3. Die potenziellen Akteure einer dringend erforderlichen sozialökologischen Transformation sehen sich in ihrer Defensive zumindest vier zusammengehörenden Dilemmata gegenüber:

a) Sie sind genötigt, Abwehrkämpfe gegen die Herrschenden zu führen, die die Krise nutzen, um ihre Machtpositionen weiter auszubauen. Sie sind genötigt, für ein «Dagegen sein» zu mobilisieren und damit auf ein «Nein» reduziert zu werden.

b) Es kann keine «abschließenden» Lösungen der hier nur skizzierten globalen Probleme und Machtungleichgewichte im Rahmen des geltenden EU-Rechts und der vorhandenen Institutionen geben. Aber diese Institutionen nutzen nicht einmal ihre rechtlichen Möglichkeiten, die Probleme zu mildern. Weder können die EU-Institutionen zerstört werden, noch würde ihre Zerstörung das Problemlösungspotenzial mehren.

c) Kurzfristig ist es nicht möglich, auf der EU-Ebene eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung einzuleiten. Noch weniger ist dies allerdings allein auf nationaler oder auf globaler Ebene möglich

d) Die beschriebene Oligarchisierung bedeutet nicht, dass die Widersprüche zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen sowie zwischen Politik und Ökonomie verschwinden. Allerdings zieht die Finanzialisierung aller Lebensbereiche immer weitere Teile der Gesellschaft in die Logik der Finanzmärkte. Andere Konfliktlinien scheinen da-

durch zu verschwimmen, politische Strukturen wie die Nationalstaaten und die EU erscheinen als hilflose Zaungäste der Entwicklung.

Diese Feststellungen sollen nicht suggerieren, dass die Lage aussichtslos wäre. Die Kapitaloligarchien sind und bleiben an die Ökonomie, an die Bedingungen gesellschaftlicher Arbeitsteilung gebunden. Funktionierende wirtschaftliche Verflechtungen innerhalb der EU sind für sie existenziell. Die hier skizzierte Konstellation zwingt sie immer wieder zu Kompromissen. Ohne diese verlieren die Oligarchien ihren Entwicklungsantrieb, ihre Legitimation – die wirtschaftliche Innovationsfähigkeit – und schließlich eine weitere wichtige Rahmenbedingung: politische Stabilität. Die Regulierungsvorstöße der EU und die beständigen Kämpfe um die Zuständigkeiten der EU sind nur ein Beispiel für die Interessenwidersprüche innerhalb der allmächtig scheinenden Kapitaloligarchien.

Eine linke politische Strategie auf europäischer Ebene muss deshalb die Abwehrkämpfe gegen die Angriffe der Herrschenden mit der Erschließung von Handlungsmöglichkeiten im EU-Recht und in den bestehenden Institutionen verbinden. Sie muss auf sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zielen. Damit könnte das «Dagegen sein» eine positive Ausrichtung erhalten. Interessenwidersprüche in den Institutionen könnte sie nutzen, um eigene Positionen und Lösungsansätze zu stärken. So könnten neue Bündnismöglichkeiten mit Kräften, die bisher nicht für linke Politik gewonnen werden, erschlossen werden.

DIE LINKEN UND DIE EUROPÄISCHE FRAGE

Um eine linke politische Strategie zu definieren, wäre eine «Messlatte» für die Antwort auf die «europäische Frage» zu bestimmen. Stellt man die gegebene Situation in Rechnung, muss diese in der Verbesserung der Bedingungen des Kampfes linker Bewegungen und ihrer politischen Handlungsfähigkeit bestehen. Das hat zunächst vier praktische Konsequenzen:

a) In den Abwehrkämpfen muss der Fokus darauf liegen, demokratische, soziale und ökologische Standards zu verteidigen und weitere Privatisierungen des Öffentlichen (auch Private-Public-Partnerships) zu verhindern. Das würde die Voraussetzungen schaffen, neue «Finanzialisierungsschübe», also die Unterwerfung immer weiterer Bereiche der Gesellschaft unter die Vermittlung der Finanzmärkte und ihrer wichtigsten Akteure, zu verhindern. Zugleich geht es darum, (Groß-)Projekte einer Industriepolitik zu stoppen, die wie beim Galileo-Programm⁹ auf globale Konkurrenz- und «Handlungsfähigkeit» sowie auf militärische «Sicherheit» orientieren und eine weitere Militarisierung forcieren. Auch und insbesondere sind Abwehrkämpfe gegen (neue) Freihandelsabkommen dringlich. Das betrifft zum einen den Freihandel zugunsten der ökonomisch Stärksten in der EU und der EU insgesamt, zum anderen das große Freihandelsprojekt zwischen der Europäischen Union und den USA.

b) Ein solcher Fokus setzt kollektive Analysen der bestehenden Machtverhältnisse und ihrer Zusammenhänge mit den Wirtschafts-, Reproduktions- und Gesellschaftsstrukturen voraus. Da kann es nicht abstrakt um «die Herrschenden», «das Kapital», «den Staat» oder die «Kapitalistenklasse» gehen, sondern es ist zu fragen, wer was warum im Zusammenspiel mit wem tut. Gerade in der gegenwärtigen Akkumulationskrise konnten die Kapitaloligarchien ihre Macht über die Gesellschaft festigen und ausdehnen. Viele kleine

und mittlere UnternehmerInnen, Selbstständige und Scheinselbstständige sind, obwohl formal KapitalistInnen, von ihrer sozialen Lage her jenen in sozial prekärer Lage näher als den Kapitaloligarchien. Werden solche Differenzierungen außer Acht gelassen, wird die Arbeit an Strategien für einen Politikwechsel weiter erschwert: Potenzielle PartnerInnen für eine sozialökologische Transformation würden übersehen, den Kapitaloligarchien Einflussräume überlassen.

c) Akteure, die eine sozialökologische Transformation anstreben und sich insbesondere mit Produktions- und Konsumtionsstrukturen auseinandersetzen, sollten auch Positionen und Alternativen einer zivilen Industrie- und Infrastruktur- und Handelspolitik entwickeln. Das gilt insbesondere für lokal und regional beeinflussbare Problemfelder, etwa in der Energieversorgung und in der Transportwirtschaft, aber auch für konkrete Projekte der Bau- und Agrarwirtschaft und die mit ihnen verbundenen Technologien. Diese Fragen betreffen den Alltag der Bürgerinnen und Bürger, die als Beschäftigte, EinwohnerInnen, NutzerInnen und VerbraucherInnen, als Kundinnen und Kunden, als sachverständige BürgerInnen, als sozial, ökologisch, politisch Engagierte mittels ihrer Organisationen und Zusammenschlüsse den gesellschaftlichen Konsens verändern können.

d) Wer an der Organisation solidarisch-emanzipativer Gegenmächte arbeitet, sollte sich in jene Konflikte einbringen, die entscheidende Kämpfe gegen die Herrschenden bzw. gegen die Kapitaloligarchien führen: gegen konkrete (Bau- oder Technologie-)Projekte und gegen Strategien zur Regulierung, Kommerzialisierung, Privatisierung und Finanzialisierung des Öffentlichen, gegen den Abbau demokratischer, sozialer und ökologischer Standards.

MIT LEBENDIGEN KLASSENVERHÄLTNISSEN RECHNEN

Es ist entscheidend, ob die solidarisch-emanzipativen Kräfte in der Lage sind, Interessenwidersprüche als Handlungsmotive in politischen Kämpfen bewusst und wirksam zu machen. Derartige Kämpfe finden vor allem am konkreten Ort und im Lokalen oder Regionalen statt, dort können tragfähige Bündnisse entstehen. In diesen Auseinandersetzungen geht es wesentlich um demokratische Einflussmöglichkeiten auf die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion.

Aus einer linken Perspektive kann die europäische Frage heute als Frage nach der Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung in Europa und in der Europäischen Union, als Arbeit an der Lösung der sozialen und ökologischen Probleme und so an der Überwindung sozialer, territorialer und politischer Spaltungen verstanden werden. Bei ihrer Beantwortung geht es um vier Prinzipien:

Es geht erstens darum, individuelle Spielräume für selbstbestimmtes, solidarisches und ökologisches Handeln aufzuspüren, zu nutzen, zu verteidigen und zu erweitern.

Zweitens müssen strukturelle Grenzen für ein solches Handeln thematisiert, über ihre Ursachen und VerursacherInnen – insbesondere über die gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsstrukturen und ihre Wechselbeziehungen zu den Kapitaloligarchien – aufgeklärt, diese zum Gegenstand kollektiver politischer Auseinandersetzung gemacht werden.

Drittens müssen Forderungen an andere Akteure, ihre jeweiligen Handlungsmöglichkeiten zur Lösung oder zumindest Milderung der Probleme zu nutzen, konkret artikuliert werden.

Viertens schließlich geht es darum, an lokal und regional verankerten Bündnissen wie an überregionalen, europäischen, transnationalen Vernetzungen zu arbeiten. Diese Bündnisse bzw. Vernetzungen wären folgerichtig wiederum am Erhalt, an der Demokratisierung und am Ausbau des Öffentlichen, an demokratischen, sozialen und ökologischen Standards, an alternativer Lokal- und Regionalentwicklung auszurichten.

Zunächst müssten die bisherigen zivilen europäischen Institutionen, die Wirtschafts- und Währungsunion erhalten und eine Wirtschaftsregierung geschaffen werden. Für eine Umverteilung von Lasten über nationale Grenzen hinweg braucht es europäische Strukturen. Zu diesem Zweck müssen die Rechte des Europäischen Parlaments erweitert und aufgewertet werden.

Im Ringen um eine Richtungsänderung der EU und dabei um eine spezifische Wirtschaftsregierung muss auch EU-Recht genutzt werden, insbesondere der Lissabonner Vertrag – obwohl dieser der «Messlatte» verantwortungsvoller Politik letztendlich grundlegend widerspricht. Aber er schließt ein vorübergehendes Aussetzen repressiver Direktiven – etwa der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – nicht aus, ebensowenig Moratorien, die den demokratischen Gegenkräften Zeit verschaffen können, sich zu formieren. Darüber hinaus enthält er eine Solidaritätsklausel und die Europäische Bürgerinitiative.

Die Europäische Union verfügt über eine Nachhaltigkeitsstrategie, die eine Grundlage bietet, um gegen die Finanzialisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und gegen die Privatisierung des Öffentlichen vorzugehen. Diese Nachhaltigkeitsstrategie ermöglicht grundsätzlich auch Kapitalverkehrskontrollen, eine Abkehr vom US-Modell als Entwicklungsorientierung, insbesondere von den US-Ratingagenturen, die momentan die zentralen Institutionen bei der Bewertung der Sicherheit öffentlicher Anleihen sind. Sie erlaubt die Bekämpfung von Steuerflucht und Spekulationsgeschäften mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Währungen und Staatsschulden. Mit der EU-Nachhaltigkeitsstrategie kann gegen eine Freihandels- und Sicherheitsgemeinschaft zwischen EU und USA argumentiert und agiert werden. Mit ihr lassen sich demokratische, soziale und ökologische Mindeststandards (bzw. ihre Erweiterung), der demokratische und solidarische Ausbau des Öffentlichen, insbesondere der solidarischen Sozialsysteme, und eine entsprechende Lokal- und Regionalentwicklung begründen und realisieren. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Die Nachhaltigkeitsstrategie, die einen Umbau und Abbau von zerstörerischen Produktions- und Konsumtionsstrukturen erlaubt, sollte also als ein Ausgangspunkt für den unverzichtbaren demokratischen EU-Verfassungsprozess dienen. Es ginge dabei um einen selbstorganisierten Prozess, in dem sich politische Akteure, seien es Organisationen oder Einzelpersonen, verändern können, dadurch politische Kräfteverhältnisse verändern und den Einstieg in eine sozialökologische Transformation erwirken. Vor allem das eigenständige Handeln und Lernen in den politischen Auseinandersetzungen kann den Einfluss der Kapitaloligarchien zurückdrängen.

Die europäische Frage ist von Beginn an und zu guter Letzt eine Frage nach der Solidarität der Linken in Europa – nicht nur in der EU. Und diese europäischen Linken müssen konsequent an der Seite der Ärmsten und Schwachen auf der Welt stehen. Das Paradoxon liegt darin, dass die linke

Bewegung zwar als globale, wenigstens europäische Bewegung entstanden ist, aber diese grenzüberschreitende Qualität inzwischen verloren hat. Die Kapitaloligarchien als ihre Hauptgegner dagegen agieren globalisiert und sind global organisiert.

Das Europäische Parlament, die Institutionen der EU, die Europäische Linkspartei und die selbstorganisierte außerparlamentarische Bewegung sind gleichermaßen wichtige Felder, um diese Solidarität neu zu organisieren. Der politische Rahmen, in dem sich die Auseinandersetzung abspielt, ist nicht von den Linken gesetzt – aber wir werden uns, ob es uns gefällt oder nicht, in ihm bewegen müssen. Andernfalls werden wir zum Spielball anderer politischer Kräfte, die es eben verstehen, gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren, anstatt nur von ihnen zu reden.

Lutz Brangsch und Judith Dellheim sind MitarbeiterInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Frieder Otto Wolf ist Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin, Gabi Zimmer Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL im Europäischen Parlament.

1 www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kommentar-zum-koenigswechsel-eine-europaeische-frage.87a8b5a6-4539-468b-92ee-16463135c4ec.html. 2 www.robert-schuman.eu. 3 www.bpb.de/izpb/130479/motive-und-leitbilder-der-europaeischen-einigung?p=all. 4 Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, Rheinbach 2013, S. 156. 5 Ebenda, S. 164. 6 Lenin, W. I.: Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa, in: W.I. Lenin Werke Band 21. August 1914 – Dezember 1915, Berlin 1960, S. 342–346. 7 Sozialökologische Transformation bedeutet eine Gesellschaftsveränderung, die Ansatzpunkte für die Einbettung der Menschheit in ihrer Gesamtheit in die Biosphäre schafft – und zwar durch ihr eigenes solidarisches Handeln. Ausführlicher in Dellheim, Judith/Brangsch, Lutz/Spangenberg, Joachim H./Wolf, Frieder Otto: Den Krisen entkommen. Sozialökologischer Transformation, Berlin 2012, S. 11 f. 8 Zum Konzept der Kapitaloligarchien siehe Dellheim et al.: Den Krisen entkommen, S. 69 ff. 9 Galileo ist ein europäisches Globales Satellitennavigationssystem (GNSS), das Daten zur Positionsbestimmung und Navigation in der Luft und auf der Erde liefert. Es ist das europäische Pendant zum US-System GPS (Global Positioning System).

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Februar 2014
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling